



Bernd Uwe Rasch

Liebe Reinbekerinnen, Liebe Reinbeker,

seit der Kommunalwahl am 14. Mai 2023 vertrete ich Ihre Interessen als Abgeordneter im Stormarner Kreistag. In den zurück liegenden 3 Jahren konnte ich feststellen, dass die Kreispolitik zwar durchaus direkt Einfluss auf das Leben der Bürger ausübt, jedoch kaum über die Entscheidungen des Kreistages in den Medien berichtet wird. Unabhängig von Wahlterminen will ich Sie mit diesem Flugblatt wie schon im letzten Jahr über die kommunalpolitischen Vorgänge im Stormarner Kreistag auf dem Laufenden halten.

1. Finanzielle Lage des Kreises Stormarn

Seit drei Jahren hat sich die einst gute Finanzsituation des Kreises dramatisch verschlechtert. So schließt das Haushaltsjahr 2025 bei einem Gesamtvolumen von ca. 580 Mio. € mit einem Defizit von ca. 22 Mio. € ab. Für das Jahr 2026 wird bei einem Haushaltsvolumen von 620 Mio. € sogar ein Defizit von 43 Mio. € erwartet. Mit einem vollständigen Verzehr der noch vorhandenen Rücklagen ist innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre zu rechnen. Vor diesem Hintergrund waren Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes zwingend notwendig, die sich auch auf Reinbek auswirken werden.

Folgende Maßnahmen wurden bereits umgesetzt:

- Kein weiterer Personalaufbau in der Kreisverwaltung im Jahr 2026.
- Neuverteilung der Finanzierungsanteile für die Ringbuslinie in Bargtheide zwischen der Stadt Bargtheide und dem Kreis.
- Optimierung des Angebotes HVV Hop im Dreieck Barsbüttel/Trittau/Ahrensburg.
- Grundsätzliche Festlegung, dass sich das ÖPNV-Angebot am nachgewiesenen Bedarf orientiert. Bisher konnten auch Buslinien in der Hoffnung neu eingeführt werden, dass sich dadurch eine Nachfrage erzeugen lässt. Dies hat in vielen Fällen dazu geführt, dass kaum genutzte Busse unterwegs waren.
- Reduzierung der Geschwisterermäßigung für Kinder in Kindertagesstätten oder Grundschulbetreuungen auf das vom Gesetz vorgesehene Maß. Bisher hat der Kreis Stormarn aufgrund der früher guten Finanzsituation anders als alle anderen Kreise in Schleswig-Holstein eine höhere Geschwisterermäßigung gewährt. Diese freiwillige Sozialleistung ist aus rechtlichen Gründen bei einem massiven Haushaltsdefizit nicht mehr tragbar.

Die FDP hat diesem Maßnahmenpaket zusammen mit den Fraktionen von CDU und SPD zugestimmt, um die langfristige Handlungsfähigkeit des Kreises sicherzustellen.

2. Kreisumlage

Die wichtigste Einnahmequelle des Kreises ist die sogenannte Kreisumlage. Der Kreis erhält von den Steuereinnahmen der kreisangehörigen Kommunen einen festgelegten Anteil. Zurzeit beträgt der Anteil 26,5 % der Einnahmen in den Kommunen aus Grundsteuer, Gewerbesteuer und Anteilen aus der Einkommensteuer. Aktuell nimmt der Kreis dadurch ca. 125 Mio. € im Jahr ein. Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage ist eine Anpassung dieser Umlage auf bis zu 30 % zu erwarten. Dadurch könnten zusätzliche Einnahmen für den Kreis von etwa 16,5 Mio. € generiert werden. Diese Mehreinnahme geht zu Lasten der Finanzen in den Kommunen. Die Stadt Reinbek zahlt zurzeit zum Beispiel ca. 13,5 Mio. € Kreisumlage, diese würde auf 15,3 Mio. € steigen und die finanzielle Situation der Stadt erheblich verschärfen. Mit dem Instrument Kreisumlage sollte daher aus Rücksicht auf die Finanzen in den Kommunen sorgfältig umgegangen werden. Wichtig zu wissen ist, dass auch mit einer Kreisumlage von 30 % der Kreis Stormarn im landesweiten Vergleich immer noch günstig für die Kommunen dastünde.

3. Schulneubauten Kreis

Der Kreis Stormarn ist Träger der Berufsschulen in Ahrensburg und Bad Oldesloe sowie der Woldenhorns Schule in Ahrensburg, einer Schule für Kinder mit geistiger Behinderung. Die Berufsschulen wurden in den letzten

Jahren zu Berufsbildungszentren (BBZ) weiterentwickelt. Dadurch können sie eigenständiger agieren und eine größere Palette an Bildungsangeboten bereitstellen. Sowohl die Woldenhornschule als auch das BBZ Ahrensburg sind sanierungsbedürftig und haben zusätzlichen Raumbedarf. Das BBZ Ahrensburg wird in den nächsten Jahren am aktuellen Standort saniert und erweitert. Die ersten Kostenschätzungen liegen bei über 100 Mio. € Baukosten. Die Woldenhornschule muss ihre Kapazitäten bis 2035 mehr als verdoppeln. Zur Linderung der Raumnot wurde nun durch den Kreis für 2,5 Mio. € die aktuell leerstehende Grundschule Bünningstedt in Ammersbek angekauft. Die Gesamtkosten für die Ertüchtigung dieses Gebäudekomplexes sind noch nicht endgültig ermittelt. Unter den kurzfristig verfügbaren Optionen stellte diese Lösung jedoch die beste Alternative dar.

4. ÖPNV Südstormarn

Die Versorgung mit Buslinien in Südstormarn - also auch in Reinbek - ist für den Zeitraum ab Dezember 2026 neu zu vergeben. Die Kreisverwaltung hat vorgeschlagen, diese Dienstleistung wie bisher an die Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein (VHH) für die Dauer von zehn Jahren zu vergeben. Die Versorgung soll ab 2027 zu mindestens 65 % mit Elektrobussen erfolgen. Zurzeit kostet das ÖPNV-Angebot mit Dieselnbussen in Südstormarn 5,0 Mio. € pro Jahr, die Versorgung mit 65 % Elektrobussen wird 11,79 Mio. € pro Jahr kosten. Auch ein zukünftiges Angebot ausschließlich mit Dieselnbussen wäre mit 9,9 Mio. € deutlich teurer als bisher. Nach aktueller Marktlage verursacht der Einsatz von Elektrobussen etwa 36 % höhere Kosten als der Einsatz von Dieselnbussen. Hauptursache ist die Tatsache, dass aufgrund der Reichweite und der Ladedauer häufig zwei Elektrobusse zum Einsatz kommen, wo sonst ein Bus mit Dieselantrieb ausreicht. Nach Auffassung der FDP-Fraktion ist bei diesen Kostenunterschieden die Technologie noch nicht marktreif. Wir gehen allerdings von einem rasanten technischen Fortschritt in den nächsten Jahren aus. Wir haben daher vorgeschlagen, in dieser Phase des technischen Umbruchs die Buslinienversorgung nur für fünf Jahre auf Basis des Einsatzes von Dieselnbussen zu vergeben und dann neu zu entscheiden. Die Umsetzung dieses Vorschlags hätte zudem zu einer höheren Kalkulationssicherheit bei der VHH geführt. Leider fand dieser Vorschlag bei den anderen großen Fraktionen keine Mehrheit. Das ist bedauerlich, denn aufgrund des europäischen CO₂-Zertifikatehandels ergibt sich durch diese unnötige Mehrausgabe kein messbarer Vorteil für den weltweiten Klimaschutz. Leider wieder ein Beispiel dafür, dass beim Thema Klimaschutz häufig nicht nach sachlichen Argumenten, sondern ideologiegetrieben entschieden wird.

5. Suchtberatung

Für den Zeitraum vom 1. Januar 2026 bis 31. Dezember 2028 wurde die Aufgabe der Suchtberatung für den Bereich Südstormarn erneut an den bisherigen Dienstleister SVS (Südstormarner Vereinigung für Sozialarbeit e. V.) mit Sitz in Reinbek vergeben. Nach meiner Wahrnehmung leistet die SVS auf diesem Gebiet eine hervorragende Arbeit. Betroffene Reinbeker Bürger haben darüber hinaus noch den Vorteil der kurzen Wege. Suchterkrankungen sind so vielfältig wie die menschliche Seele und nehmen durch die Möglichkeiten des Internets leider weiter zu. Infolgedessen erhält die SVS inzwischen mehr als 500.000 € jährlich, um diese Beratungen durchführen zu können.

6. Behindertenbeauftragter und Kinderbeauftragte

Im März 2026 wurde Herr Jan-Philipp Pohst für die nächsten zwei Jahre erneut zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten des Kreises bestellt. Frau Kerstin Hinsch wurde für die nächsten zwei Jahre erneut zur ehrenamtlichen Kinderbeauftragten des Kreises bestellt. Beide berichten dem Kreistag einmal jährlich sehr überzeugend über ihre Tätigkeit. Ich bedanke mich an dieser Stelle für den tollen ehrenamtlichen Einsatz von Frau Hinsch und Herrn Pohst!

*Ich stehe Ihnen gern für weitere Fragen telefonisch oder per Mail zur Verfügung.
Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerzeit!*

Reinbek, im Sommer 2026

Bernd Uwe Rasch
Schaumanns Kamp 2d
21465 Reinbek
Telefon: 0172 6248824
rasch@fdp-reinbek.de